
ZURÜCK ZUR KRISE UND ZU KEYNES

Rezension von: Der Keynesianismus,
Band III – Die geld- und
beschäftigungstheoretische
Diskussion in Deutschland zur Zeit
von Keynes. Hrsg.: G. Bombach,
K.-B. Netzband, H.-J. Ramser,
M. Timmermann, Springer Verlag,
Berlin – Heidelberg – New York 1981,
469 Seiten.

M. Held, Sozialdemokratie und
Keynesianismus – Von der
Weltwirtschaftskrise bis zum
Godesberger Programm. Campus
Verlag, Frankfurt/New York 1982,
310 Seiten

Vor etwa einem Jahr hatte der Rezensent ein Gespräch mit einem arri-
vierten österreichischen Ökonomen
über den Wert oder Unwert eines For-
schungsprojektes über die Arbeitsbe-
schaffungsmaßnahmen der dreißiger
Jahre. Der Gesprächspartner zeigte
darin eine recht seltsame Reaktion:
die dreißiger Jahre, das sei doch für
uns heute fernerliegend als die Proble-
me der Entwicklungsländer, das gehe
uns doch nichts mehr an etc. Das alles
aber in einem so beunruhigten Ton,
als ginge es um eine Beschwörungs-
formel. Hier war offenbar ein Tabu
getroffen und alle weiteren guten
Gründe, warum es sehr wohl gewisse
beachtenswerte Parallelen zwischen
der großen Weltwirtschaftskrise und
unserer gegenwärtigen Stagnation
gibt, fanden wenig Aufnahmebereit-
schaft.

Unterdessen sind freilich die Paral-
lelen so unausweichbar geworden,
daß sie selbst das Tabu, daß „nicht
sein kann, was nicht sein darf“ bei
vielen hinweggefegt haben dürften.
Die Diskussionen um die Deckung

der explodierenden Abgänge der Ar-
beitslosenversicherung sorgen wieder
(wie schon zu Ende der zwanziger
Jahre etwa in der Weimarer Republik)
für politischen Zündstoff. Beitragser-
höhungen und – wie das Beispiel
Frankreichs zeigt – kräftige Leistungs-
kürzungen sind die nicht eben origi-
nelle Antwort. Das „so etwas“ nicht
wieder passieren könnte, weil heute
die internationale Zusammenarbeit
um vieles besser klappt, war schon zu
Zeiten der Hochkonjunktur ange-
sichts des Gerangels in der EG eher
Wunschdenken: heute gibt es bereits
wieder kräftige Anzeichen für die
Möglichkeit kompetitiver Abwertun-
gen und von Importrestriktionen, we-
gen des GATT freilich eher in der
verschleierten Form nichttarifärer
Handelshemmnisse. Der große Han-
delskrieg ist bisher gottlob noch nicht
ausgebrochen, aber er droht recht
deutlich am Horizont.

Die derzeit sehr virulente Diskus-
sion um die Arbeitszeitverkürzung ist
eigentlich auch ein Echo der dreißiger
Jahre (von der 35-Stunden-Woche
sprach man schon zu Anfang von Roo-
sevelts Präsidentschaft). Und schließ-
lich fängt man angesichts der Millio-
nen europäischer Arbeitsloser auch
wieder von staatlicher Arbeitsbeschaf-
fung zu reden an, was unweigerlich
die Diskussion der Effizienz solcher
Notstandsarbeiten und ihrer Konkur-
renz zur „Normalwirtschaft“ nach sich
ziehen dürfte.

Wenn man aus der Geschichte nicht
lernen will, heißt es, ist man gezwun-
gen, sie zu wiederholen. Und ohne die
Parallelen nun überzustrapazieren
(vor allem wegen des heute gegenüber
den dreißiger Jahren unvergleichbar
höheren Wohlstandsniveaus, das die
Gefahr echten Massenelends gering
erscheinen läßt): der Fall Weltwirt-
schaftskrise gehört aus jenem vernach-
lässigten Winkel der Nichtbeach-
tung heraus, in den ihn die Neoliberalen
und sogar die Keynesianer der
„neoklassischen Synthese“ gerne ver-
schwinden haben lassen.

Einer solchen geistigen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit dient der eben erschienene dritte Band der großen Dokumentation „Der Keynesianismus“ in höchst produktiver Weise. Im Gegensatz zu seinem eigentlich irreführenden Titel befaßt sich das Sammelwerk der Herausgeber Bombach, Netzband, Ramser und Timmermann vornehmlich mit dem kommentierten Wiederabdruck von Quellen der deutschen konjunkturpolitischen Diskussion aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise. Diese nehmen zwar nicht selten Bezug auf J. M. Keynes als deutschfreundlichen und angesehenen Verfechter einer expansiven Wirtschaftspolitik, stehen aber doch in ihrem eigenen Kontext. Der zuletzt erschienene zweite Band war vornehmlich den nicht-akademischen Reformern und den politischen Plänen gewidmet (man findet darin etwa bedeutende Beiträge des fast vergessenen Robert Friedländer-Prechtel, das 1932 wohl wahlentscheidende Arbeitsbeschaffungsprogramm der NSDAP und andere wichtige historische Dokumente). Der dritte Band hat dagegen „akademischeren“ Charakter. Zu Worte kommen hier Männer wie Erich Preiser, Carl Föhl, Wilhelm Lautenbach, Wilhelm Röpke und auch einige in Deutschland besonders beachtete Stellungnahmen von Keynes. Daneben finden sich aber beispielsweise auch die frühe Darstellung des Multiplikatorprinzips durch den Deutschamerikaner Nicholas A. Johannsen (aus 1913) und Dokumente aus dem Umfeld des gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammes. Deprimierende Vergleiche zur heutigen Problematik eröffnet vor allem jener Teil, der der Opposition gegen die Deflationspolitik in der Krise gewidmet ist. In dem von Keynes inspirierten Minderheitsbericht der Macmillan-Kommission von Juni 1931 kann man beispielsweise lesen: „A considerable part of the larger towns and industrial centres of the country need rebuilding and re-planning on a com-

prehensive scale . . . It seems an insanity to keep a large proportion of the building trade out of employment when this is the case.“ (Bombach etc. S. 242). Wem würde sich hier nicht etwa der Vergleich mit den schwerst abgewohnten, grünarmen Gründerzeitvierteln unserer Großstädte aufdrängen? Auch Keynes' bittere Vorhersagen über die leeren Deklarationen der Weltwirtschaftskonferenz von 1933 klingen nur allzu vertraut (vgl. S. 251). Und wo Wilhelm Lautenbach von „Inflationskomplex“ und „Inflationshysterie“ spricht und meint: „Auch sonst ganz besonnene und theoretisch gut geschulte Menschen geraten sofort, wenn von zusätzlichem Kredit gesprochen wird, in eine Art von Krampf“, lassen sich Kontinuitäten feststellen. Diese liegen allerdings auch in bestimmten Personen begründet, wenn man an den berühmten Sparaufruf von Gregory, Hayek, Plant und Robbins aus dem Jahre 1932 denkt. Auch Wilhelm Röpke, ein „antizyklischer“ Konjunkturtheoretiker, der sich im späteren Wiederaufbauboom eher keyneskritisch profilierte, verglich damals die Inflationsgeängstigten mit den „Leuten, die in einem Lustspiel immer an der falschen Stelle lachen“ (S. 344). Natürlich lassen sich aus diesen Dokumenten der dreißiger Jahre mit ihrem schweren nominellen Preis- und Einkommensverfall keine unmittelbaren Schlüsse etwa auf die Probleme der Stagflation ziehen. Aber Röpkes damalige Kritik am „konjunkturpolitischen Nihilismus“, am masochistischen Mythos der „Reinigungsfanatiker“, an den Anfeindungen aus Bankierskreisen gegen die „neue Pumpwirtschaft“ und gegen die zyklische Anhebung der Beitragssätze der Arbeitslosenversicherung in der Krise trifft Phänomene, die sich auch heute wieder beobachten lassen. Als herausgeberisches Werk ist „Der Keynesianismus“ zwar weiterhin so uneinheitlich geraten, wie es die fotomechanisch reproduzierten verschiedenen Schrifttypen seiner Dokumente schon

optisch suggerieren. Einen ununterscheidbaren „Verschnitt“ zweier Aufsätze von Wilhelm Lautenbach zu präsentieren, wie das etwa auf S. 290 ff. und S. 299 ff. geschieht, ist beispielsweise gewiß eine arge editorische Sünde. Dennoch ist die Konfrontation mit den wirtschaftspolitischen Diskussionen der dreißiger Jahre durch die Quellenabdrucke dieses Sammelwerkes für Studierende und wirtschaftspolitisch Interessierte entscheidend erleichtert.

Nicht in ihrer „unausgegorenen“ Form der frühen dreißiger Jahre, sondern als gekelterten Wein in Form der „General Theory“, als ein auf die systematische Höhe der alten liberalen Orthodoxie gebrachtes neues wirtschaftswissenschaftliches und -politisches Paradigma hat die Sozialdemokratie die vollbeschäftigungsorientierte Kreislauftheorie rezipiert. Michael Helds Werk über „Sozialdemokratie und Keynesianismus“ beschreibt diesen Rezeptionsprozeß in einem interessanten, aber qualitativ sehr stark variierenden Buch, das in gewissem Sinn symptomatisch für einen Teil der gegenwärtigen deutschen Universitätskultur sein dürfte.

In seiner brillanten Einleitung verweist der Autor (mit impliziter Kritik am langjährigen SPD-Regierungskurs) darauf, daß trotz steigender Arbeitslosigkeit eine keynesianische Vollbeschäftigungspolitik derzeit nicht im Brennpunkt der Diskussion stehe, aber prognostiziert: „Eine politische Kraft, die das Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht angeht, ist unter parlamentarisch-demokratischen Bedingungen ... auf die Dauer nicht mehrheitsfähig“ (S. 8). Daß die „konservative Utopie“ der selbstregulierenden Marktwirtschaft, wie sie etwa von Friedmann und Hayek vertreten wird, dabei ist, in ihren praktischen Ausprägungen allorts katastrophalen Schiffbruch zu erleiden, bestärkt diese Voraussage, auch wenn expansionistische Alleingänge wie der Frankreichs bislang ebenfalls scheiterten.

Der erste Hauptteil von Helds Buch widmet sich einer Darstellung und Kritik der „keynesianischen Revolution“. Auf generell recht hohem intellektuellem Niveau diskutiert der Autor die Vorzüge und Schwächen von Keynes „allgemeiner Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“. Keynes' enge Bindung an die klassischen Ökonomen (etwa seine Akzeptierung der Grenzproduktivitätstheorie als Verteilungstheorie), sein etwas verwaschener Psychologismus, manche seiner Widersprüche werden von Held unter reicher Verwendung von Originalstellen sorgfältig herausgearbeitet. Freilich sind auch etliche der hier zitierten Autoren eher im Sinne des name-dropping verarbeitet, apodiktisch aber falsch spricht Held vom „nicht haltbaren Gesetz der sinkenden Grenzerträge“ und der eher obskure Ostökonom J. G. Bljumin wird mit einer ellenlangen öden Sentenz über das Börsengeschäft zitiert, die in der Feststellung gipfelt, „daß Schwankungen der Börsenkurse von objektiven Ursachen bestimmt werden“ (S. 45–46). Held, auf solche Weisheiten gestützt behauptet: „Die falsche Übertragung und Überbewertung der Welt der Börse scheint bei Keynes die Quelle der Verselbständigung der Erwartungen von den realen Verwertungsbedingungen für Investitionen zu sein.“ Hier muß man den Börsenkenner Keynes, der ja die Erfahrungen des realitätsenthobenen Wallstreetbooms vor 1929 in den Knochen hatte, gegen seinen Kritiker in Schutz nehmen, der seine Börsenerfahrung vornehmlich aus DDR-Publikationen zu beziehen scheint.

Wo Held in der „Krönung“ seiner Keynes-Kritik auf die Überlegenheit der marxistischen Krisentheorie verweist (S. 80 f.) und eine „reibungsgelose erweiterte Reproduktion, also ein krisenfreies Wachstum der Wirtschaft gleichsetzt“ mit der „Sprengung der Kapitalverwertung, der Wertproduktion“ (S. 82), erreicht er übrigens einen seiner gottlob eher seltenen Tiefpunkte.

te steriler und unmotivierter Marx-scholastik.

Der zweite Hauptteil des Buches ist den keynesianischen Elementen in den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie in den zwanziger und dreißiger Jahren gewidmet. Auch dieser Abschnitt leidet, wie das ganze Buch darunter, daß die wirtschaftliche Realität durch allzu-viele Filter von Literatur und Programmpapieren gesehen wird. Immerhin ist es aber verdienstvoll, daß Held auf Keynes' wirtschaftspolitische Autorität im Deutschland der großen Krise verweist, die dieser schon als prominenter Reparations-gegner erringen konnte. Keynes sprach 1931 auf Einladung der Studiengesellschaft für Geld- und Kredit-wirtschaft des Lübecker Industriellen Heinrich Dräger¹ über die Abkehr vom Goldstandard und schrieb wenig später über die Wirtschaftspolitik der Labour Party einen Artikel im theoretischen Organ des ADGB. Keynes Einfluß als „eines als international anerkannte Autorität genützten Zeugen gegen die fast geschlossene Ablehnung einer expansiven staatlichen Nachfrage durch die herrschende Nationalökonomie in Deutschland“ (Held S. 97), reichte also von der bald mit der NSDAP kooperierenden expansionistischen Wirtschaftslobby bis zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Als führenden SPD-Theoretiker der Arbeitsbeschaffung würdigte Held Wladimir Woytinsky, den Hauptautor des WTB- (Woytinsky-Tarnow-Baade-)Krisenplanes, und wichtigen Gegner der konservativen wirtschaftspolitischen Linie Hilferdings und Naphthalis innerhalb der SPD. Woytinsky sah 1931 im „Streben nach der konjunkturlosen Wirtschaft“ einen „Einklang zwischen den Gedanken eines Keynes, der dem Liberalismus neues Leben einflößen will, und den Ideen der modernen Arbeiterbewegung, die durch die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie die Planlosigkeit des kapitalistischen Systems

zu überwinden anstrebt“ (W. Woytinsky: Internationale Hebung der Preise als Ausweg aus der Krise, Leipzig 1931, S. 1). Die von Woytinsky, Tarnow und Baade am 23. Dezember 1931 vorgelegten „Thesen zum Kampf gegen die Wirtschaftskrise“ forderten auch bereits staatliche Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage nationaler Kredit- und Geldschöpfung, nämlich ein Beschäftigungsprogramm für eine Million Arbeiter auf der Basis rediskontfähiger Wechsel. Der am 26. Jänner 1932 vorgelegte darauf basierende WTB-Plan steckte hier allerdings bereits zurück. Hilferdings und Naphthalis Haltung erwies sich als verhängnisvoller Bremsklotz. Namentlich Naphthalis hatte schon 1930 nachdrücklich vor der „Neigung, einfältigsten Heilslehren und phantastischen Projekten zugänglich zu werden“ gewarnt und gemeint, bei einer Finanzierung der „abwegigen Vorschläge“ Woytinskys lande man bei „Gottfried Feder, den Freigeldleuten oder irgendeinem anderen der zahlreichen inflationistischen Apostel die im Lande umherziehen“ (zitiert bei Held, S. 129 f.). Über die quellenmäßig umstrittene große Konfrontation zwischen Woytinsky und Hilferding im Rahmen einer paritätischen Konferenz zwischen ADGB und SPD im Sommer 1932, hat Held übrigens, außer apodiktisch geäußerten Zweifeln am Wert von Woytinskys Autobiographie wenig zu sagen. Das wirtschaftspolitische Umfeld, etwa die internationale Bindung der Reichsmark und der daraus resultierende Deflationsdruck angesichts der kräftig abwertenden Hauptkonkurrenten fehlen fast völlig.

Daß für die SPD und ihr Konjunkturprogramm die „Aufgabe einer sozialistischen Perspektive“ für die Massenwirksamkeit nicht . . . von Vorteil, sondern ein Nachteil angesichts einer durch die Weltwirtschaftskrise ausgelösten Massenstimmung nach einer grundlegenden Wende vom Kapitalismus zum Sozialismus gewesen sei“ (S. 145), gehört zu jenen Heldsätzen,

die Kopfschütteln erwecken. Die Rhetorik „Gemeinnutz vor Eigennutz“ der Nationalsozialisten war ja nur deshalb so wirksam, weil sie sich zugleich massiv antilinks gebärdete und so den radikalen Neubeginn zugleich als Systemstabilisierung verkaufte. Aber nach solchen Ausrutschern hat Held wieder vielerlei Interessantes, z. B. über die auch bei Emil Lederer vorfindbare These vom Widersinn des Sparens und seine schon 1925 vertretene Wertschätzung öffentlicher Arbeiten als Akt subsidärer Konsumförderung in der Krise, vorzubringen. (Wie sehr der Gedanke öffentlicher Arbeitsbeschaffung originär sozialdemokratischen Charakter hat, belegt im übrigen u. a. Otto Steiger: der in dieser Hinsicht bahnbrechende Minderheitsbericht der britischen „Poor Law Commission“ aus 1909 – im wesentlichen ein Werk der Fabierin Beatrice Webb – und die durch ihn stimulierte Debatte dürften sogar maßgeblichen Einfluß Keynes selbst und die Arbeitsbeschaffungsvorstellungen der liberalen Partei in den zwanziger Jahren gehabt haben.)²

Die SPD im Exil reagierte auf die Katastrophe von 1933 zunächst mit einem verbalen Ruck nach links und mit den revolutionären Planwirtschaftsvorstellungen des von Hilferding verfaßten „Prager Manifests“. Entscheidende Schritte in die keynesianische Richtung waren dann die wirtschaftspolitischen Vorschläge Gerhard Kreyssigs vom Mai 1943 und Richard Löwenthals („Serings“) einflußreiches Buch „Jenseits des Kapitalismus“ aus 1947. Held zeigt hier große Sympathie für Löwenthals mar-

xistisch-keynesianisches Amalgam einer antimonopolistischen Globalsteuerung der Wirtschaft auf grundsätzlich marktwirtschaftlicher Grundlage. Den Durchbruch des Keynesianismus in der SPD verfolgt Held dann über Rudolf Zorns Hautpreferat auf dem Düsseldorfer Parteitag 1948 und das Arbeitsbeschaffungsprogramm von 1950 („Von der Massenarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung“) bis zum Godesberger Programm, wobei er der Schrittmacherfunktion Karl Schillers besonderes Augenmerk schenkt.

Mit der Abkehr von der in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch recht virulenten Sozialisierungsprogrammatik – nicht zuletzt aus dem Wunsch nach Regierungsfähigkeit – vollzog die SPD damals einen letzten und vielleicht zu weit gehenden Schritt in die Richtung reiner Globalsteuerung. Die Tabuisierung jeglicher Ausweitung öffentlicher Eigentumsrechte auch zu Zwecken der Umstrukturierung führt ja letztlich dazu, daß der Staat, wie im Falle AEG, Verluste mitträgt, dafür aber keine Rechte in Anspruch nimmt. Aber die Geschichte des Rückfalls der Wirtschaftspolitik der SPD hinter die vielfach um einiges aktivistischeren Positionen von Keynes wird von Held nicht mehr behandelt.

Robert Schediwy

1 Heinrich Dräger bzw. die seinen Namen tragende Stiftung sind übrigens auch die (finanziell) treibende Kraft hinter der Herausgabe des Sammelwerkes: der Keynesianismus.

2 Vgl.: O. Steiger, Studien zur Entstehung der Neuen Wirtschaftslehre in Schweden, Berlin 1971, S. 87 ff.